



FREITAG, 1. MÄRZ 2013 | 6

Verband will mehr Ganztagschulen

Bremen (mlu). Der Ganztagsschulverband hat sich besorgt über die Entwicklung der Ganztagschulen in Bremen gezeigt und die Politik aufgefordert, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen. In einem Positionspapier fordert er mehr gebundene Ganztagschulen in Bremen und formuliert Kriterien für die weitere Entwicklung. Dazu sei auch finanzielle Hilfe des Bundes nötig. Die Bremer Bildungsbehörde und die rot-grüne Koalition äußerten sich zustimmend. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 9**

Ganztagschulen in Gefahr?

Verband befürchtet negative Entwicklung wegen fehlender Mittel und stellt ein Positionspapier vor

Der Ganztagsschulverband sieht die Entwicklung von Ganztagschulen in Bremen in Gefahr. In einem Positionspapier formuliert er daher Grundsätze für die weitere Entwicklung – und erhält Zustimmung aus der rot-grünen Koalition und der Bildungsbehörde.

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. Wie steht es um die Entwicklung der Ganztagschulen? Nicht gut genug, findet zumindest der Bremer Ganztagsschulverband. Qualitativ stehe Bremen im Bundesvergleich zwar gut da, quantitativ gebe es aber Nachbesserungsbedarf. Doch fürchtet der Verband, dass diese Nachbesserungen der finanziellen Not zum Opfer fallen könnten. Und diese Befürchtung hat sich nach den Beschlüssen des Koalitionsausschusses im vergangenen November eher noch vergrößert. Damals beschloss die rot-grüne Koalition, im nächsten Schuljahr keine neue Ganztagschule einzurichten.

Der Ganztagsschulverband hat daher nun ein Positionspapier vorgelegt. Darin führt er die Grundsätze auf, die aus seiner Sicht für die weitere Entwicklung in Bremen unabdingbar sind. Und für den Verband heißt das vor allem, dass es mehr gebundene Ganztagschulen geben soll. Bei dieser Form ist das ganztägige Lernen für alle Kinder verpflichtend – wohingegen es bei offenen oder teilgebundenen Formen freiwillig ist oder nur für einen Teil der Schüler gilt. „Entscheidend muss sein, für

bessere Bildungschancen zu sorgen“, sagt der Vorsitzende des Verbands, Uwe Lorenz. Und Studien besagten, dass Ganztagschulen die Lernmotivation verbesserten, am ehesten zu einer Entkopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft beitragen, die besten Voraussetzungen für individuelle Förderung und den Erwerb sozialer Kompetenzen böten und zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderten.

Dass die gebundene Form gleichwohl die teuerste Form ist, weiß auch der Verband. „Auch uns ist klar, dass man nicht sofort flächendeckend gebundene Ganztagschulen einführen kann“, sagt Lorenz, „aber wir wollen den Finger in die Wunde legen und an die Koalition appellieren, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen.“ Denn er sehe durchaus die Gefahr, dass im Falle weiterer Einsparungen nicht nur die Entwicklung ausgebremst, sondern sogar bisher Erreichtes verloren gehen könnte. Und das, so Lorenz, obwohl die rot-grüne Regierung sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu bekannt habe, die Ganztagschulen sowohl quantitativ als auch qualitativ auszubauen. Das, so räumt Lorenz ein, könne Bremen nicht alleine, dafür brauche es Hilfe vom Bund – und daher müsse das Kooperationsverbot, das solche Hilfen im Bildungsbereich untersagt, aufgehoben werden.

Bei den so angesprochenen Koalitionsvertretern und in der Bildungsbehörde stößt der Verband damit auf Wohlwollen – und auf Versuche der Beruhigung. Die

Ganztagschulen würden keineswegs vergessen, sagt etwa Behördensprecherin Christina Selzer. Angesichts der knappen Finanzen müsse der Ausbau aber schrittweise erfolgen. Dass die gebundene die wirkungsvollste Form sei, sei auch die Auffassung der Behörde, sagt Selzer – jedoch sei sie nicht bei allen Eltern akzeptiert.

Rückendeckung erhält sie dabei aus den Koalitionsfraktionen. „Wir haben die Entwicklung der Ganztagschulen im Blick und werden uns in den Haushaltsberatungen für einen weiteren Ausbau starkmachen“, betont etwa Sülmezz Dogan (Grüne). Und auch der SPD-Abgeordnete Mustafa

Güngör erklärt: „Wir haben in den vergangenen Jahren trotz der schwierigen finanziellen Situation weitere Standorte eingerichtet – und werden das auch weiterhin tun.“ Beide betonen aber auch, dass dabei die Qualität der bestehenden Schulen nicht aus dem Blick verloren werden soll. Und beide stimmen dem Verband zu, dass es dazu der Hilfe des Bundes und einer Abschaffung des Kooperationsverbotes bedarf – und sind sich auch in diesem Punkt mit der Behörde einig. „Um den Ganztagsausbau“, sagt auch Christina Selzer, „brauchen wir die Beteiligung des Bundes.“ **Kommentar Seite 2**

Gut, aber teuer

Matthias Lüdecke

zur Entwicklung der Ganztagschulen

Zusätzliche Ganztagschulen einzurichten und die bestehenden Einrichtungen in ihrer Ausstattung zu verbessern – das war das Ziel, das die rot-grüne Koalition im Sommer 2011 im Koalitionsvertrag formuliert hat. An diese Zusage hat der Ganztagsschulverband nun Grüne und SPD erinnert. Und das nicht ohne Grund. Denn nicht nur der Verband zweifelt spätestens seit dem vergangenen November, ob Bremen dieses Ziel überhaupt umsetzen kann. Ein Koalitionsausschuss beschloss damals, im nächsten Schuljahr keine neuen Ganztagschulen einzurichten – was für einen Standort in Tenever bedeutete, dass eine bereits beschlossene Zusage wieder zurückgezogen wurde.

Zweifel gibt es dabei nicht an der Überzeugung der Koalitionäre, dass Ganztagschulen ein wichtiges Instrument sind. Studien belegen, dass gerade dort beispielsweise der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft ein Stück weit aufgehoben werden kann – ein

Problem, mit dem Bremen mehr zu kämpfen hat als andere Bundesländer. Zweifelt es daran, ob Bremen sich einen Ausbau leisten kann.

Denn Ganztagschulen sind nicht nur pädagogisch sinnvoll, sie sind auch teuer. So teuer, dass ein Haushaltsnotlageland, das auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt bis 2020 seine Ausgaben spürbar drosseln muss, sich einen kraftvollen Ausbau eigentlich nicht leisten kann. Zumindest dann nicht, wenn es nicht nur um Betreuung, sondern um pädagogischen Zugewinn gehen soll.

Über einen Ausbau in kleinen Schritten wird Bremen – und mit ihm viele andere Bundesländer – aber nur dann hinauskommen, wenn der Bund den Ländern finanziell unter die Arme greift. Bei der letzten Föderalismusreform wurde genau das aber verboten. Die Länder dürfen alleine über die Bildung bestimmen, müssen sie aber auch alleine bezahlen. Wie wenig Sinn diese Regelung macht, zeigt das Beispiel der Ganztagschulen. Denn wenn die finanziellen Mittel immer knapper werden, gibt es bald nicht mehr viel, über das man überhaupt bestimmen könnte.

matthias.luedecke@weser-kurier.de



Der Vorsitzende des Ganztagsschulverbandes, Uwe Lorenz, fordert die Politik auf, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen.

FOTO: KOCH